



**Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses
am Mittwoch, 01.08.2018 von 18:00 bis 19:25 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

| | |
|--------------------------|-----|
| Herr Wilhelm Bohnstengel | SPD |
|--------------------------|-----|

stellv. Vorsitzende/r

| | |
|-----------------|-----|
| Herr Eike Baran | SPD |
|-----------------|-----|

Stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|--------------------------|-------------------|
| Herr Tobias Bögershausen | Lehrervertreter |
| Frau Heike de Buhr | SPD |
| Herr Stefan Fuhler | CDU |
| Frau Renate Geuter | SPD |
| Herr Linus Grave | Schülervertreter |
| Frau Katrin Hardenberg | Elternvertreterin |
| Herr Bernhard Kramer | CDU |
| Herr Karl-Heinz Krone | CDU |
| Herr Jan-Gert Roter | CDU |
| Herr Martin Roter | CDU |
| Herr Hubert Schrand | SPD |
| Herr Gerd Stratmann | CDU |
| Frau Marianne von Garrel | CDU |

Beratende Mitglieder

| | |
|-------------------|--|
| Herr Helmut Strey | Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen |
|-------------------|--|

Verwaltung

| | |
|-------------------------|----------------------------|
| Frau Heidrun Hamjediers | Erste Stadträtin |
| Sandra Kleine Stüve | Gleichstellungsbeauftragte |
| Frau Marina Meemken | |
| Herr Sven Stratmann | Bürgermeister |

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|------------------------|-----|
| Herr Christoph Böhmman | CDU |
| Frau Melanie Buhr | SPD |
| Frau Silke Diekhaus | CDU |
| Frau Marlies Preuth | CDU |
| Herr Andreas Taming | FDP |

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Wilhelm Bohnstengel eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, insbesondere die Eltern-, Lehrer- und Schülervertreter und Herrn Strey aus dem Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen. Er heißt außerdem die Mitglieder der Verwaltung, die Presse und die vielen Zuhörer willkommen. Die starke Resonanz aus der Bevölkerung zeigt die Wichtigkeit des heutigen Themas, erklärt Ratsherr Bohnstengel.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel stellt im Folgenden die Tagesordnung fest.

TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden durch den Ausschussvorsitzenden Wilhelm Bohnstengel festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung am 25.04.2018 wird bei vier Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers verweist auf das im Schulausschuss vorgestellte Gutachten über die Bausubstanz der Grundschule Hohefeld. Auf dessen Grundlage wurde eine Fachfirma beauftragt die elektrischen Anlagen auf eine akute Gefährdung erneut zu überprüfen. Diese Kontrolle hat keine Beanstandungen ergeben. Werden allerdings Nachbesserungen an der Gesamtanlage (z.B. zusätzliche Schalter oder Steckdosen) erforderlich, gilt der Bestandsschutz nicht mehr.

Frau Hamjediers berichtet, dass die Sanierungsarbeiten im Verwaltungsbereich der Marienschule (Elektro-, Maler- und Bodenbelagsarbeiten) sowie in den Klassenräumen der Grundschule Kampe abgeschlossen sind.

An der Grundschule am Markatal sind die Vorbereitungen für die Herrichtung der Parkplätze getroffen worden. Momentan wartet das Bauamt auf die Steine aus der Stadtsanierung, um die Maßnahme abschließen zu können.

Die Erste Stadträtin informiert, dass nach Gesprächen mit der Landesschulbehörde und einigen Schulleitungen die mangelnde Lehrerversorgung ein akutes Thema in den Schulen ist. Viele Schulen müssen dies (landesweit) mit Ausfall kompensieren.

Frau Hamjediers berichtet weiter, dass der Schulleiter der Heinrich-von-Oytha-Schule mitgeteilt hat, dass aufgrund steigender Schülerzahlen eine weitere Klasse geteilt werden muss. Damit hätte die Oberschule 23 Klassenverbände. Hier zeigt sich weiter die Raumknappheit, erklärt die Erste Stadträtin.

Schließlich stellt die Erste Stadträtin klar, dass das Gerücht, ein Kind sei im aquaferrum ertrunken, nicht der Wahrheit entspricht. Gegen die Verantwortlichen, die entsprechende Gerüchte verbreiten, sollen Schritte eingeleitet werden.

TOP 6 Mitteilungen

- keine -

TOP 7 Zukunft der Grundschule Neuscharrel Vorlage: BV/195/2018

Ausschussvorsitzender Wilhelm Bohnstengel stellt einleitend fest, dass die Verwaltung umfangreiche Informationen zum Tagesordnungspunkt „Zukunft der Grundschule Neuscharrel“ geliefert hat und nun eine politische Entscheidung notwendig ist.

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers berichtet nach Absprache mit dem Elternratsvorsitzenden die Stellungnahme des Elternrates dahingehend, dass erst ab dem Jahr 2021 insgesamt 34 Schülerinnen und Schüler die Grundschule Neuscharrel besuchen. Außerdem berichtet sie, dass der Elternrat ein jahrgangsübergreifendes Konzept als Beispiel geschickt hat. Hier sieht die Erste Stadträtin eher eine Umsetzungsmöglichkeit in größeren Schulen, so ist die Beispielschule auch 1- bis 2zügig. Nach jetzigem Stand haben sich in Gehlenberg 13 Kinder und in der Marienschule 4 Kinder angemeldet, so dass in Neuscharrel noch 6 Kinder verbleiben.

Ratsherr Stefan Fuhler zeigt sich verwundert darüber, dass so kurzfristig vor Beginn des neuen Schuljahres ein Schulausschuss einberufen wurde. Er befürchtet, dass die Schule nun in kürzester Zeit geschlossen wird. Ratsherr Fuhler weist auf eine Aussage des Bürgermeisters in einem Gespräch hin, nachdem die Schule solange bestehen bleibt, wie Kinder dort beschult werden. Im telefonischen Gespräch wurde die Aussage getroffen, dass die Viertelzügigkeit für ein Jahr überbrückt und in diesem Jahr nach Lösungen gesucht werden sollte.

Bürgermeister Sven Stratmann korrigiert ihn, dass dies eine Wiederholung der Aussagen der Landes Schulbehörde und nicht seine eigenen Worte waren. Er erläutert, dass dies nicht in seiner Zuständigkeit liegt, sondern die politischen Gremien der Stadt diese Entscheidung zu treffen haben. Der Bürgermeister betont die bisher sehr guten und konstruktiven Gespräche zu dem Thema.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass die Sitzung aufgrund der gesunkenen Schülerzahlen einberufen und dies beiden Fraktionen im Vorfeld angekündigt wurde. Wenn die Sitzung nicht gewünscht gewesen sei, hätten die Fraktionen dies kundtun können. Außerdem haben Eltern immer wieder darauf hingewiesen, dass nicht sie selbst, sondern die politischen Vertreter über den Fortbestand einer Schule entscheiden müssen.

Bürgermeister Sven Stratmann ergänzt, dass die ersten Gespräche sich auf 23 Schülerinnen und Schüler in der Grundschule bezogen haben. Momentan gibt es mit 6 Schülerinnen und Schülern eine ganz andere Ausgangslage bzw. Entwicklung. Daher war es Aufgabe der Verwaltung, auf die Thematik hinzuweisen und eine politische Entscheidung herbeizuführen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone hat nichts gegen den Sitzungstermin vorzubringen und möchte dieses ernste Thema vernünftig besprechen. Er bedankt sich bei den Eltern und Einwohner aus Neuscharrel für den großen Einsatz für die Schule. Eine Schließung ist sehr schwierig für das Dorf- und Vereinsleben. Vor fünf Monaten war die vorherrschende Situation nicht vorhersehbar. Viele Eltern haben sich nun dazu entschieden ihre Kinder in Gehlenberg und Friesoythe anzumelden. Lehrer berichten, dass der Unterricht in einer viertelzügigen Schule nur schwierig umzusetzen ist. Die Entscheidungen sollten in seinen Augen zum Wohle der Kinder getroffen werden. Dennoch möchte er dem Ortsvorsteher und dem Elternratsvorsitzenden die Zeit bis Ende des Jahres geben, eine Lösung zu finden, die Schule wieder dauerhaft halbzügig zu betreiben. Sollte bis Ende des Jahres kein Konzept vorliegen, ist die Schließung zum kommenden Schuljahr zu initiieren.

Ratsherr Stefan Fuhler pflichtet ihm bei, dass eine Viertelzügigkeit keine langfristige Lösung ist. Derzeit sind zwei bis drei Konzepte denkbar, die aber noch nicht spruchreif sind. Sollten diese nicht zum Tragen kommen, ist über die Schließung bzw. Aufgabe der Selbstständigkeit zu beraten.

Ratsfrau Renate Geuter erklärt, dass diese Sitzung zurecht einberufen wurde, um dieses wichtige Thema zu debattieren. Sie erklärt, dass die Stadt nun von den Folgen der Vergangenheit eingeholt wird. Der ehemalige Bürgermeister habe die Meinung vertreten, dass eine Schule solange Bestand haben sollte, wie die Landesschulbehörde die Lehrerversorgung sicherstellt. Die Kommune sollte nicht den „Schwarzen Peter“ für eine Schließung bekommen. Das Nds. Schulgesetz sieht jedoch vor eine gute Schullandschaft in der Gemeinde zu gestalten, dabei ist auch der Elternwille maßgeblich, erklärt Ratsfrau Geuter. Eine gute Schulentwicklungsplanung ist für sie unerlässlich. Dabei sind die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen zu berücksichtigen. In einer viertelzügigen Schule können die Anforderungen der Schülerinnen und Schüler nicht erfüllt werden. Seitens der politischen Gremien ist nun eine Entscheidung fällig. Die Geburtenzahlen zeigen, dass auch in den kommenden zwei Schuljahren eine Viertelzügigkeit an der Grundschule gegeben ist. Ratsfrau Geuter stellt sich die Frage, wie eine sinnvolle Pädagogik möglich ist und ob man den 6 Kindern das „Experiment“ der Viertelzügigkeit zumuten kann. Anders sehe die Situation nur aus, wenn beabsichtigt ist, die Schuleinzugsgrenzen zu verschieben. Langfristig sieht sie in diesem Vorschlag auch keine Rettung der kleinen Schulstandorte. Die gewachsenen Strukturen sollten nicht verändert werden, insbesondere da ein Großteil der Eltern gegen eine Verschiebung der Grenzen ist. Ratsfrau Renate Geuter bittet darum, ehrlich mit den Beteiligten umzugehen und ihnen in einer aussichtslosen Situation keine Hoffnung zu machen. Sie kann sich kein Konzept vorstellen, welches die Grundschule Neuscharrel in der Kürze der Zeit retten könnte. Die Rahmen-

bedingungen in Neuscharrel bieten derzeit keine Alternativen. Es sollte keine Schulschließung aufgrund einer Elternentscheidung, sondern eine politische Entscheidung geben. Auch der gefasste Grundsatzbeschluss stößt hier an seine Grenzen. Keiner der politischen Vertreter hatte voraussagen können, dass die Situation so akut wird. Ratsfrau Geuter wünscht sich eine konkrete Aussage, wie ein Konzept zur Sicherung des Grundschulstandortes aussehen könnte. Die SPD-Fraktion sieht derzeit keine Möglichkeiten und bittet darum, sich nicht vor der Verantwortung zu drücken. Die Ressourcen aus Neuscharrel und Gehlenberg sollten allen Kindern zugutekommen. Die Kleinststrukturen, so hat es die Erfahrung gezeigt, sind für die meisten Lehrpersonen nicht reizvoll.

Ratsherr Karl-Heinz Krone erläutert, dass die Schulgrenzen nicht verändert werden sollen. Das Konzept liegt noch nicht vor und er weiß auch nicht, wie dieses aussehen könnte. Ratsherr Krone möchte der Schule dennoch eine Chance geben. Wenn die Viertelzügigkeit weiter bestehen bleibt, sollte die Schließung zum Schuljahr 2019/2020 erfolgen.

Ratsherr Stefan Fuhler fasst zusammen, dass Einigkeit darüber besteht, dass der Ist-Zustand nicht lange gehalten werden kann. Die Fakten sprechen dagegen. Er bittet jedoch um etwas Zeit, um mit dem Elternratsvorsitzenden ein Konzept entwickeln zu können (z.B. Hortangebot), was bisher aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich war.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers hat großes Verständnis für die Ortschaft Neuscharrel. Im Unterschied zu anderen Ortsteilen war Neuscharrel früher eine selbstständige Gemeinde. Es gibt ein sehr intaktes Dorf- und Vereinsleben. Die Rahmenbedingungen am Schulstandort sind ideal. Dennoch muss der Ort sich den Fakten stellen. Die Erste Stadträtin hebt das Engagement der Verwaltung zur Sicherung des Standortes hervor (Umfrage Hort, Termine Montessori). Nun ist eine Entscheidung seitens des Rates erforderlich. Die Verwaltung erledigt die Aufgaben, die der Rat vorgibt und möchte nicht als Verursacherin benannt werden, wenn ein Ergebnis anders ausfällt als erwartet. Für die Ortschaft Neuscharrel wäre eine Schließung der Schule sehr traurig. Die Verwaltung kann diese Entwicklung aber nicht beeinflussen, da sie weder Schülerinnen und Schüler dort an- noch abmeldet.

Ratsfrau Renate Geuter erklärt, dass sie versucht, die Gedanken der CDU-Fraktion nachzuvollziehen, dies fällt ihr jedoch schwer. Ihre Fraktion würde den Weg gerne mitgehen, sieht aber keine Anhaltspunkte, wenn die Grenzen nicht verschoben werden. Die Eltern, die sich für Gehlenberg und Neuscharrel entschieden haben, können nicht mit einem kostenpflichtigen Hort zurückgeholt werden. Die Eltern haben bestimmte Vorstellungen, wie der Unterricht für ihre Kinder und die Vorbereitung auf die weiterführenden Schulen aussehen sollen. Ratsfrau Geuter hält die sechs verbleibenden Schüler für die Leittragenden und möchte sie nicht in eine Experimentierphase begleiten.

Bürgermeister Sven Stratmann betont erneut, dass die Verwaltung einen Auftrag aus der Politik benötigt. Ein „Experiment“ sollte nicht an den Schülerinnen und Schülern durchgeführt werden. In den bisherigen Diskussionen und Gesprächen mit den Eltern und dem Ortsvorsteher ist kein Konzept präsentiert worden. Bisher hat die CDU/FDP-Fraktion immer auf den Elternwillen abgestellt. In Neuscharrel ist klar erkennbar, dass $\frac{3}{4}$ der Eltern ihr Kind an eine andere Schule angemeldet haben, sodass dort nur noch sechs Kinder verbleiben. Auf den Wunsch des Ortsvorstehers, dass die Verwaltung sich beteiligen sollte, erklärt der Bürgermeister, dass dies mehrfach geschehen ist und bereits seit längerer Zeit über die Zukunft der Schule gesprochen wird. Die Herausforderungen sind (nach der Einwohnerentwicklung) bereits seit sechs Jahren bekannt. Für Bürgermeister Stratmann ist die logische Konsequenz einer Schulrettung nur die Veränderung der Grenzen, die historisch gewachsen sind. Bürgermeister Sven Stratmann erläutert, dass es in Friesoythe jährlich ca. 250 Einschulungen gibt. Diese Schülerinnen und Schüler verteilen sich auf 7 Klassen in den zwei Friesoyther Grundschulen im Stadtgebiet und 3 Klassen auf die restlichen 8 Grundschulen der Ortschaften. Er kann die große Angst der Neuscharreler Bevölkerung nachvollziehen, dass durch die Schließung der Schule auch die Infrastruktur geschwächt wird. Der Bürgermeister bittet jedoch darum, dass dieses emotionale Thema auf Grundlage der Sachdaten besprochen und entschieden wird. Die Entwicklungen haben zu großer Unsicherheit bei den Eltern geführt. Der Bürgermeister plädiert dafür, dass der Rat den Eltern Gewissheit und Planungssicherheit gibt.

Die bisher unternommenen Maßnahmen haben nicht in der gewünschten Form gefruchtet (Hort, Montessori). Bürgermeister Stratmann betont, dass niemand der Beteiligten eine Schulschließung möchte, die nicht nötig ist. Die Kinder müssen im Vordergrund stehen, daher muss eine Lösung gefunden werden. Er schätzt es sehr schwierig ein, in Neuscharrel wieder eine Halbzügigkeit aufzubauen.

Weiterhin erinnert der Bürgermeister an den von der Verwaltung und den Schulleitungen abgeprochenen Grundsatzbeschluss. Demnach sollte eine Schule mindestens 30 Schülerinnen und Schüler haben. Dies war politisch nicht gewollt. Damit bleibt die Gefahr einer Viertelzügigkeit auch an anderen Grundschulstandorten bestehen. Nach verschiedenen Gesprächen mit Lehrkräften ist für den Bürgermeister klar, dass ein Unterricht an einer viertelzügigen Schule nur schwer möglich ist. Er bittet darum, zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen. Bei einer Schließung müsste außerdem über die mögliche Nachnutzung gesprochen werden. Die Forderungen nach zusätzlichen Baugebieten erzielen nach Auskunft des Bürgermeisters auch nicht die erhofften Kinderzahlen. Nach entsprechenden Prognosen ergeben ca. 30-40 Bauplätze 1-2 Kinder pro Jahr.

Für Ratsherr Eike Baran fehlt ebenfalls die Perspektive, da es sich nicht um 1-2 „fehlende“ Schülerinnen und Schüler, sondern um sehr viel mehr handelt. Er möchte den „schwarzen Peter“ auch nicht zwischen den Ortschaften mit anderen Grenzen schieben. Ratsherr Baran fragt sich, welcher Maßstab zugrunde gelegt werden soll, nach dem eine Schule weiter existiert. Er bittet den Rat, die vorhandenen Ressourcen verantwortlich und vernünftig zu verteilen. Auch die Finanzen sind ein Thema, welches jedoch nur am Rande Berücksichtigung finden sollte. Aufgrund der vielen Standorte ist die finanzielle Förderung der Stadt für den einzelnen Schüler geringer. Dies macht sich insbesondere bei der Medien- oder inklusiven Ausstattung bemerkbar. Für Ratsherr Baran, selbst Lehrer, gestaltet sich ein jahrgangsübergreifender Unterricht sehr schwierig. Bis in Neuscharrel wieder mehr Kinder eingeschult werden, sind drei Jahre, d.h. fast die gesamte Grundschulzeit, zu überbrücken. Er möchte keine Konstrukte entwickeln, die einen Standort künstlich erhalten.

Ratsherr Stefan Fuhler stellt klar, dass er in seiner Stellungnahme der Verwaltung keinen Vorwurf machen möchte, sondern um eine Zusammenarbeit bei der Erarbeitung eines Konzeptes bittet. Es sind bereits verschiedene Überlegungen, z.B. die Beschäftigung zusätzlicher Pädagogen, angestellt worden. Aufgrund der kurzen Zeit kann er jedoch noch keine weiterführenden Informationen vortragen.

Ratsfrau Renate Geuter resümiert, dass alle Argumente ausgetauscht sind und nun eine Entscheidung getroffen werden sollte. Sie empfindet es als sehr unfair, den Neuscharrelern noch Hoffnungen zu machen, obwohl bei den vorherrschenden Rahmenbedingungen der Erhalt der Grundschule nicht möglich ist. Sie hat die Hoffnung, dass die sechs Eltern sich noch umentscheiden. Sie plädiert dafür, die Wahrheit zu erkennen und entsprechend zu entscheiden und nicht den Versuch zu unternehmen, der Verantwortung zu entgehen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone bringt die zeitliche Schiene ins Gespräch. Er weist darauf hin, dass es für eine Schließung einen Ratsbeschluss geben muss. Dieser kann nur noch im laufenden Schuljahr erfolgen, was er für äußerst ungünstig hält.

Ratsfrau Renate Geuter kann dem Antrag der CDU/FDP-Fraktion nicht folgen und möchte die Schließung in die Wege leiten, um den sechs Kindern die Möglichkeit einer vernünftigen Beschulung zu geben.

Der Schulausschuss empfiehlt bei 9 Ja- Stimmen und 6 Nein-Stimmen folgende Beschlussfassung:

Dem Rat der Stadt Friesoythe wird vorgeschlagen, die Grundschule Neuscharrel zum Schuljahr 2019/2020 zu schließen, wenn nicht bis Ende 2018 ein nachhaltiges Konzept für eine halbzügige Schule vorliegt.

TOP 8 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Herr Matthias Bohlsen schlägt vor, dass die Grundschulen Neuscharrel und Gehlenberg fusionieren könnten, damit alle räumlichen Kapazitäten ausgenutzt und alle Kinder vernünftig beschult werden können.

Herrn Hans-Gerd Eilers hätte es gefreut, wenn die Schuleinzugsgrenzen geändert worden wären, da dies positiv für Neuscharrel gewesen wäre.

Frau Kerstin Fuhler erklärt, dass der vergangene Elternrat ebenfalls mehrfach versucht hat, verschiedene Konzepte zu erarbeiten, um die Schülerzahlen zu erhöhen. Leider scheiterten diese Ideen an der Schulleitung.

Frau Bettina Niegel dementiert diese Aussage und erklärt, dass die Schulleitung immer versucht hat, die Pläne zu unterstützen.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass es sehr schwierig ist LehrerInnen zu finden. Sie bittet darum, allen Beteiligten den nötigen Respekt entgegen zu bringen.

Herr Gerd Meemken sieht die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, dem Ortsvorsteher und dem Elternrat sehr positiv und sachlich. Eine Konzepterstellung war in den Sommerferien aufgrund der Urlaubszeit nicht möglich. 6 Kinder können langfristig nicht das Ziel der Neuscharreler Grundschule sein. Leider haben viele Eltern sich relativ schnell dazu entschieden, ihre Kinder an einem anderen Standort anzumelden. Die Grundzüge eines möglichen Konzeptes wurden bereits mit der Landesschulbehörde durchgesprochen, berichtet Meemken. Daran soll nun weitergearbeitet werden. Er wünscht sich vom Rat der Stadt Friesoythe Entscheidungen, die die Schullandschaft langfristig gestalten. Schulen an anderer Stelle sind überfüllt, sodass Container aufgestellt werden müssen. Vielleicht ist auch eine Zweigstelle in Neuscharrel denkbar. In der Grundschule Gehlenberg sind bereits so viele Kinder, dass der Teiler überschritten wurde, die Klasse aber nicht geteilt wird.

Frau Nadine Glagowsky erkundigt sich, ob die Stadt eine Weiterbildung für Lehrer z.B. für die Montessori Pädagogik bezahlen würde. Die Erste Stadträtin antwortet, dass die Lehrerversorgung Aufgabe des Landes ist und die Stadt sich dabei nicht einbringen kann.

Frau Nicole Gehlenborg fragt sich, warum die Thematik erst jetzt besprochen wird, wenn die Geburtenzahlen seit 6 Jahren bekannt sind.

Ratsfrau Renate Geuter erklärt, dass die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen bereits seit Jahren bekannt sind. Die SPD-Fraktion hat mehrere Anträge gestellt, um zukunftsfähige Strukturen in der Schullandschaft zu entwickeln. Dies war jedoch nicht gewollt. Darunter müssen heute alle leiden.

Frau Stephanie Stammermann plädiert dafür, dass die Kinder im Vordergrund stehen sollten. Es ist unfair so kurz vor Ende der Ferien Bescheid zu bekommen, dass eine Schule geschlossen wird. Die gesamte Situation erzeugt Angst und Unsicherheit bei den Eltern.

Herr Helmut Strey weist darauf hin, dass entsprechend des Bundesteilhabegesetzes, welches Menschen mit Beeinträchtigungen besser stellen soll, Beratungsstellen vom Landescaritasverband in Cloppenburg eingerichtet wurden. Das Team steht Interessierten als unabhängige Beratungsstelle zur Verfügung.

TOP 9 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

-keine-

Wilhelm Bohnstengel
Ausschussvorsitzender

Heidrun Hamjediers
Erste Stadträtin

Marina Meemken
Protokollführerin